Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1892

23.2.1892 (No. 54)

Visual Library

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. Februar.

№ 54. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
1892.


## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben unter'm 18. Februar d. J. gnädigst geruht, den Oberamtsrichter Alexander Mündel in Schwetzingen in gleicher Eigenschaft zum Amtsgerichte Lahr zu versetzen.

## Nichtamtlicher Theil.

**Karlsruhe**, den 22. Februar.

In der vorigen Mittwochsnummer dieses Blattes wurde darauf hingewiesen, daß die Berichte der französischen Blätter über die Zustände in Spanien nicht ganz parteilos und unbefangen sind, weil diese Blätter von ihrem republikanischen Standpunkt aus geneigt sind, die Bedeutung der antimonarchischen Bestrebungen in Spanien zu hoch anzuschlagen. Ein Berichterstatter der „Politischen Korrespondenz" wendet sich jetzt direkt gegen diese übertriebenen Schilderungen der innerpolitischen Schwierigkeiten Spaniens. Er sagt, die beklagenswerthen, aber vereinzelt gebliebenen Erscheinungen anarchistischen Charakters, deren Schauplatz in jüngster Zeit die Umgebung von Xeres war, hätten nicht nur eine lange Reihe theils sehr übertriebener, theils völlig erfundener Nachrichten über einzelne Vorkommnisse in Spanien zur Folge gehabt, sondern sogar eine Legende über eine, angeblich über einen großen Theil des Landes verbreitete anarchistische Bewegung erzeugt. Gegenüber diesen Darstellungen, welche zum Theil aus Uebelwollen gegen Spanien und die Dynastie, zum Theil in ähnlicher Weise, wie die häufigen ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand des jungen Königs, zu Zwecken der Börsenspekulation durch Pariser Blätter verbreitet werden und in der Regel aus dieser Quelle in die übrige europäische Presse dringen, sei festzustellen, daß in ganz Spanien, in den Städten, wie auf dem Lande, inbegriffen Xeres und dessen Umgebung, vollständige Ruhe herrscht und nirgends gegen die bestehende Ordnung gerichtete Vorgänge wahrzunehmen sind. Die Nachricht, daß in der Umgebung von Madrid kürzlich anarchistische Banden aufgetaucht seien, sei vollständig erfunden. Die öffentliche Meinung in Europa könne für die Beurtheilung der inneren politischen Lage Spaniens auch in dem Verlaufe der diesmaligen Gedenkfeier anläßlich des 18. Jahrestages der Verkündigung der spanischen Republick einen richtigen Maßstab finden. Die Veranstaltung habe diesmal vollständiges Fiasko gemacht; die Spaltungen in dem kleinen republikanischen Lager mehrten sich, die Zahl der Theilnehmer an den republikanischen Banketten nähmen von Jahr zu Jahr ab und die kleinlauten Trinksprüche, welche bei diesen Banketten am 11. d. Mts. ausgebracht wurden, hätten die Entmuthigung dieser Partei sehr deutlich verrathen. Immerhin hat die spanische Regierung gut daran gethan, Vorsichtsmaßregeln gegen eine etwaige Wiederkehr solcher unangenehmer Ueberraschungen wie des anarchistischen Putsches in Xeres zu treffen.

Nachdem bei den rumänischen Parlamentswahlen eine starke konservative-junimistische Mehrheit in den Senat und die Deputirtenkammer gewählt worden ist, gewinnt das Programm, mit dem die Regierungsparteien in den Wahlkampf eingetreten sind, nachträglich ein besonderes Interesse. Das Programm war von sämmtlichen Ministern unterzeichnet und stellt somit den Arbeitsplan für die gemeinsame Thätigkeit der Regierung und der Kammern in der nächsten Zeit fest. Das Schriftstück hebt zunächst die Nothwendigkeit hervor, einen geschulten und in seinen Stellungen gesicherten Beamtenstand zu schaffen. Die vorläufig nur für die höheren Beamten des Justizdienstes eingeführte Unabsetzbarkeit der Richter soll weiter nach unten ausgedehnt und die derzeit noch viele Lücken aufweisende Organisation der Bezirksgerichte entsprechend verbessert werden. Was die vom Ministerium für Domänen, Ackerbau und Handel abhängigen Reformen anbelangt, so soll der parzellenweise Verkauf der Staatsdomänen an die Bauern, durch welchen 180000 bis 200000 landwirthschaftliche Hilfsarbeiter zu Grundbesitzern gemacht werden, mit thunlichster Beschleunigung durchgeführt und außerdem den neuen Besitzern durch Zuweisung der nöthigen Staatskredite die Besiedelung und die Bewirthschaftung ihres Besitzes erleichtert werden. Im weiteren wird der Ausbau des rumänischen Schienennetzes durch entsprechende Vermehrung und Verbesserung der Zufahrtstraßen als dringendes Bedürfniß bezeichnet. Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte, Einführung eines gleichmäßigen und billigen Besteuerungssystems sind die Ziele der Regierung auf finanziellem Gebiet. An der bisherigen autonomen Zollpolitik soll festgehalten, das Ergebniß der gemachten Erfahrungen aber bei Veränderungen der gegenwärtigen Zollsätze verwerthet werden, soweit dies ohne Schädigung der einheimischen Industrien geschehen kann. Die Armee soll durch Neubewaffnung der Infanterie mit einem allen Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Gewehre, durch Reorganisation der Kavallerie und des Generalstabes und durch Regulirung des Reserveoffizierstandes gehoben und auch dem Unterrichtswesen und dem Seelsorgerdienste eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Bezüglich der äußeren Politik sprach sich der Wahlaufruf wörtlich wie folgt aus: „In freundschaftlichen Beziehungen zu allen fremden Regierungen kann Rumänien keine andere Politik als eine solche verfolgen, welche ihm die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit seines Territoriums verbürgt. Die erste Garantie für dieses große Interesse ist im allgemeinen Friedensbedürfnisse Europas geboten; die zweite besitzt das Land in seiner guten Armeeorganisation und im Patriotismus seiner ganzen Nation." Dieses Programm enthält alle wesentlichen Anforderungen der junimistischen Partei. Deßhalb ist wohl auch die Besorgniß, die Junimisten könnten sich von den Konservativen wieder trennen und die Aera der Schwankungen und Krisen in Rumänien werde von neuem beginnen, vor der Hand durchaus unbegründet.

### Deutschland.

* **Berlin**, 21. Febr. Seine Majestät der Kaiser wohnte gestern einer Sitzung des Kaiser-Wilhelm-Kirchenkomité's bei. Um 6 Uhr entsprach Seine Majestät der Kaiser der Einladung des Generallieutenants v. Versen, des kommandirenden Generals des 3. Armeecorps, zum Diner, an welchem auch Seine Königliche Hoheit der Prinz Heinrich theilnahm. Während der heutigen Morgenstunden empfing Seine Majestät der Kaiser den Dr. Güßfeldt zum Vortrag über eine für den nächsten Sommer in Aussicht genommene Reise nach Norwegen.

— In der am Donnerstag abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde über mehrere auf die Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzgebung gerichtete Eingaben Beschluß gefaßt. An neuen Vorlagen sind eingegangen: Entwürfe zu Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken, in Glashütten und in Cichorienfabriken, ein Entwurf zu Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken und auf Kokereien im Regierungsbezirk Oppeln, eine Vorlage wegen Ergänzung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes, der Entwurf eines Gesetzes über das Auswanderungswesen und das Regulativ für die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik. Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Entwürfe wurde Bestimmung getroffen. Die Resolution des Reichstags wegen Revision des Reglements in Betreff der Vergütung für Reisekosten der Beamten und Offiziere wurde dem Reichskanzler überwiesen. Dem Antrage des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Anwendung des Reichsstempelabgabengesetzes in Bezug auf Lotterieloose, ertheilte die Versammlung die Zustimmung; ferner erklärte sie sich mit dem Vorschlage des Reichskanzlers wegen Wiederbesetzung einer Stelle beim Rechnungshof einverstanden. (Ueber die meisten hier als neu eingegangen verzeichneten Vorlagen ist das Wichtigste schon mitgetheilt worden.)

— Die Budgetkommission des Reichstags hat die Berathung des Marineetats beendigt. Abgelehnt wurden die Forderungen: 1½ Million als erste Rate zum Bau des Panzerfahrzeugs W, 750 000 M. als erste Rate des Kreuzers F, 1 200 000 M. als erste Rate des Avisos H. Ferner wurden abgelehnt für Wohnhäuser auf der Werft von Kiel 202 000 M., für Trockendocks in Kiel 1 300 000 M., für ein Parallelwerk in Wilhelmshafen 30 000 M. Insgesammt wurden 8 722 000 M. durch die Kommission gestrichen. Bewilligt wurden die fünfte Rate im Betrage von einer Million Mark für die Kreuzerkorvette H, die vierte Rate von 3 330 000 M. für das Panzerschiff „Brandenburg", ferner anstatt der geforderten 1 800 000 M. für das Panzerschiff B nur eine Million, anstatt der geforderten 1 500 000 M. für das Panzerschiff C ebenfalls nur eine Million, für das Panzerschiff „Knrfürst Friedrich Wilhelm" anstatt zwei Millionen nur eine, für die Panzerfahrzeuge S und U die geforderten 1 500 000 M. Genehmigt wurde die zweite Rate für Herstellung von Torpedobooten per 1 080 000 M. Bei der Forderung für die Korvetten J, K, T, V und W, den Kreuzer F und den Aviso H beantragte Fritzen verschiedene Abstriche. Staatssekretär Hollmann erklärte, bezüglich der Kreuzerkorvette J längen kontraktliche Verbindlichkeiten vor. Kreuzerkovette J (500 000 M.) wurde, weil kontraktmäßige Verpflichtung vorliegen, bewilligt, ebenso bewilligte die Kommission je 1 500 000 M. für die Panzerfahrzeuge T und V. Abgelehnt wurden dagegen zwei Millionen für Kreuzerkorvette K, 1 500 000 M. für Pauzerfahrzeug W, 750 000 M. zum Bau des Kreuzers F und 1 200 000 M. zum Bau des Avisos H.

— Nach einer Denkschrift der Ansiedelungskommission befanden sich am 1. Dezember 1891 in der selbständigen Bewirthschaftung von Ansiedlern: im Regierungsbezirk Posen 194 Stellen, im Regierungsbezirk Bromberg 381 Stellen, in der Provinz Westpreußen 196 Stellen, zusammen 771 Besitzstände. Von diesen 771 Besitzständen waren bis 5 Hektar groß 73 = 9,46 Proz., von 5—15 Hektar groß 355 = 46,06 Proz., von 15—30 Hektar groß 248 = 32,16 Proz., über 30 Hektar groß 95 = 12,32 Proz. Auf diesen 771 Besitzungen lebten im Ganzen an Köpfen Familien der Besitzer 4481 = 88,15 Proz., Gesinde 601 = 11,85 Proz., im Ganzen 5082 Köpfe. Von diesen 5082 Köpfen entfielen auf die provinzial-fremden Familien einschließlich des aus der Heimath mitgebrachten Gesindes im Regierungsbezirk Posen 842, im Regierungsbezirk Bromberg 1473, in der Provinz Westpreußen 355, im Ganzen 2670, das sind von 5082 Köpfen 52,53 Proz. Der Prozentsatz dieses aus anderen Provinzen stammenden Zuwachses einschließlich des dorther zugezogenen Gesindes beträgt: im Regierungsbezirk Posen 74,2 Proz., im Regierungsbezirk Bromberg 66,2 Proz, in der Provinz Westpreußen 31,5 Proz. Den gleichen Prozentsatz ohne Berücksichtigung des von Ansiedlern mitgebrachten Gesindes gibt die Spalte 10 der statistischen Uebersichten an; er ist nur um ein geringes niedriger. Letztere Zahlen geben den Nachweis dafür, daß die besseren Situationen der Posen'schen Ansiedelungen erheblich mehr auf einen Zuzug auswärtiger Elemente hinwirken, als dies in Westpreußen der Fall ist. Hier ist die Zahl der aus anderen Provinzen Zugezogenen eine verhältnißmäßig geringe, wobei noch zu bemerken ist, daß dieser Zuzug sich hauptsächlich aus dem nahe gelegenen Pommern rekrutirt.

— In Kürze ist gemeldet worden, daß die Verhandlungen wegen Bildung einer Deutsch-Englischen Gesellschaft zur Uebernahme eines Theils von dem Besitze der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika gescheitert sind. Die „Post" berichtet über den Abbruch der Verhandlungen folgende Einzelheiten:

Am 18 ds. Mts. lief der Termin ab, bis zu welchem die deutsch-englische Gesellschaft gebildet werden sollte. In der entscheidenden Konferenz, an welcher die Herren Wichmann und Dr. Scharlach aus Hamburg, die Herren Cooper und Clarke aus London und Herr Aitgen aus Edinburg theilnahmen, konstatirten die englischen Vertreter die Unmöglichkeit, unter der Depression, welche in englischen Werthen herrschte, die beabsichtigte Gesellschaft zu Stande zu bringen. Da eine Verlängerung der Frist von Seiten der Regierung abgelehnt wurde, mußten die englischen Herren erklären, daß sie unter den obwaltenden Verhältnissen genöthigt seien, zurückzutreten und die der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika bezahlten 200 000 M. verfallen zu lassen. Sie hätten noch in letzter Stunde versucht, selbst die Zahlung des Kaufpreises auf eigene Rechnung zu übernehmen und eine Verbindung mit dem stärksten Gegner der deutschen Kolonialpolitik, Sir Donald Curray, angeknüpft; Letzterer habe jedoch die Erklärung abgegeben, daß es nach seinen Nachrichten aus Berlin und nach den Verhandlungen im Reichstage ganz zweifellos sei, daß Deutschland seine südwestafrikanische Kolonie aufgebe, daß dieselbe binnen kürzester Frist ohne einen Pfennig an England zurückfallen und daß er den für unpatriotisch erklären würde, welcher in dieser Lage den Deutschen die Mittel geben wollte, um sich in Südwestafrika länger zu halten. Sir Donald Curray ist der spiritus rector des berüchtigten Robert Lewis, welcher s. Zt. die Herero's gegen die deutsche Herrschaft aufgewiegelt hatte, und hatte, wie bekannt, die Dreistigkeit, von der Kaiserlichen Regierung die Anerkennung jener Lewis'schen Konzessionen zu erbitten. Im vergangenen Sommer hat der „Reichsanzeiger" offiziell erklärt, daß von einer solchen Anerkennung niemals die Rede sein könnte. Wie sich die Verhältnisse in Südwestafrika weiter entwickeln werden, ist noch nicht abzusehen. In kolonialen Kreisen hält man daran fest, daß das Reich diese Kolonie nicht aufgeben werde, und unter dieser Voraussetzung werden mehrere Plätze zur Exploitirung des Landes erwogen. So beabsichtigt die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, im Kubub Viehzucht in großem Maßstabe zu treiben, und will von der im März zusammenberufenen Generalversammlung Mittel hierfür fordern. Dann ist auch die Deutsche Kolonialgesellschaft für die Bildung eines Syndikates thätig, welches in Windhoek kolonisiren und dazu besonders bereits in Südafrika angesessene Deutsche verwenden will.

— Unter Hinweis auf die Meldung, daß der Geh. Kommerzieurath Baare sowohl vor sechs Monaten als auch vor kurzem beim Justizminister beantragt hatte, ihn verantwortlich vernehmen zu lassen, wird jetzt mitgetheilt, daß gestern die Voruntersuchung gegen Herrn Baare durch die Staatsanwaltschaft angeordnet worden ist. Hiernach wird hoffentlich in kurzem durch gerichtlichen Beschluß

die wünschenswerthe Klarheit in diese Angelegenheit gebracht werden.

**München**, 21. Febr. Die Kammer der Abgeordneten stimmte gestern den Nachweisungen über den Zuschuß an die Pfälzer Bahnen ohne Debatte zu und genehmigte einen Gesetzentwurf, durch welchen die Staatsregierung angewiesen wird, eine 4prozentige Zinsgarantie für die von den Pfälzer Bahnen zu Erweiterungen und Ergänzungen zu verausgabenden 7 889 000 M. bis zum 31. Dezember 1904 zu übernehmen. Die Pfälzer Bahnen haben in den Jahren 1888 und 1889 auf die früheren Staatszuschüsse 531235 M. zurückerstattet; dieselben betragen nun noch 18⅛ Millionen.

## Oesterreich-Ungarn.

**Wien**, 21. Febr. Das österreichische Abgeordnetenhaus hielt gestern seine letzte Sitzung in diesem Sessionsabschnitte. Auf der Tagesordnung befand sich die Vorlage über die Theuerungsbeiträge für die Staatsbediensteten. Der Budgetausschuß hat die dafür von der Regierung ausgesetzte Summe von 500 000 fl. auf das Doppelte, also auf eine Million, erhöht, und dieser erhöhte Betrag wurde gestern auch vom Plenum des Abgeordnetenhauses bewilligt, obgleich der Finanzminister sich gegen eine so weitgehende Freigebigkeit ausgesprochen hatte. Jetzt kommt in dem Turnus der zahlreichen parlamentarischen Körperschaften Oesterreich-Ungarns der ungarische Reichstag an die Reihe. Seine Majestät der Kaiser ist gestern von hier nach Pest gereist, um den ungarischen Reichstag am Montag in der Ofener Hofburg feierlich zu eröffnen. Zu einer formellen Sitzung war der Reichstag bereits gestern zusammengetreten, und schon bei diesem Anlaß gab die Opposition zu erkennen, daß sie zur Fortsetzung und womöglich noch zur Ueberbietung ihres rücksichtslosen Verhaltens entschlossen ist. Der älteste anwesende Abgeordnete, der Unabhängigkeitspartei angehörend, Csabany, lehnte, wie bereits in Kürze telegraphisch gemeldet, das Alterspräsidium ab, weil die ganze Art der Reichstagseröffnung ungesetzlich sei; das zweitälteste Mitglied, Madaraß, derselben Partei angehörig, übernahm sodann das Alterspräsidium lediglich, um die Eröffnungsweise ebenfalls für ungesetzlich zu erklären und gegen das Aufziehen der schwarzgelben Fahne auf der Ofener Burg zu protestiren. Auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Szapary, daß die Reichstagseröffnung jetzt genau so, wie seit 25 Jahren üblich, sich vollziehe, legte auch Madaraß das Alterspräsidium nieder, welches nun in die Hände eines Liberalen, Alexander Tanicsary, gelangte. Dieser konnte aber die Formalitäten der Sitzung nur unter fortgesetzten lärmenden Störungen der Opposition erledigen. Die liberale Partei dürfte bald nach dem Beginn der neuen Reichstagssession Maßregeln zur Geschäftsordnung erörtern, um der Opposition einen Zaum anzulegen, der wenigstens so tumultuarische und für das Ansehen des ungarischen Parlaments schädliche Auftritte, wie sie in den letzten Sessionen häufig zu verzeichnen waren, unmöglich macht.

## Italien.

**Rom**, 21. Febr. Die Bestrebungen der italienischen Radikalen, die Kammer an einer ersprießlichen gesetzgeberischen Arbeit zu verhindern, scheitern an dem festen Zusammenhalten der regierungsfreundlichen Parteien. Auch der Widerstand der Radikalen gegen das neue Gesetz über die Gebühren aus Rechtsgeschäften ist erfolglos geblieben. Die Kammer beschloß gestern in namentlicher Abstimmung mit 155 gegen 50 Stimmen, entgegen dem Antrag Imbriani's, in die Einzelberathung des Gesetzentwurfs einzugehen.

## Frankreich.

**Paris**, 21. Febr. Die Demission des französischen Kabinets wird jetzt amtlich veröffentlicht. In seiner gegenwärtigen Zusammensetzung hat das Kabinet seit dem 17. März 1890 bestanden, also das zweite Jahr seiner Dauer nicht ganz vollendet. Von den 26 Ministerien, welche die Republik bis jetzt gehabt hat, war allein das zweite Ministerium Ferry länger als zwei Jahre, nämlich vom 21. Februar 1883 bis 30. März 1885, im Amt. Ein unvorhergesehener Zwischenfall hat nun nach bald zwei Jahren wieder eine Krisis hervorgerufen. Wie dieselbe ausgehen wird, ist heute noch ungewisser als gestern, da der Versuch zur Bildung eines Ministeriums Ribot als gescheitert gilt. Die Radikalen, denen nicht einmal das Koalitionsministerium unter dem Vorsitz des in manchen Fragen den Radikalen zuneigenden Herrn von Freycinet gefiel, wollen begreiflicher Weise von einer Kabinetsbildung durch den so weit nach rechts stehenden Ribot nichts wissen, und ohne den Beistand der Radikalen ist eine republikanische Mehrheit eben unmöglich. Die Meinungen darüber, was geschehen wird, gehen weit auseinander; einig ist man nur darin, daß die Lage eine sehr verworrene und die Herstellung einer lebensfähigen Regierung eine sehr schwierige Aufgabe ist.

## Portugal.

**Lissabon**, 21. Febr. Die Pairskammer stimmte der Verhaftung des früheren Ministers Mendoza Cortez zu. (Mendoza Cortez ist auf Grund eines Mandates des Präsidenten der Pairskammer, das vom Justizminister gegengezeichnet ist, verhaftet worden. Die Ursache der Verhaftung hängt mit der Angelegenheit des „Banco Lusitano" zusammen, dessen Präsident Mendoza war.)

## Amerika.

**Rio de Janairo**, 21. Febr. In einzelnen Staaten Brasiliens dauern die aufständischen Bewegungen, die meistens auf Absetzung der Gouverneure gerichtet sind, fort. So wird heute berichtet, daß bei einem in der Provinz Matto-Grosso entstandenen Aufruhr der Gouverneur dieser Provinz abgesetzt worden ist. Matto-Grosso liegt im Inneren Brasiliens und grenzt an Bolivia; es ist eine der wichtigsten Provinzen Brasiliens und eine revolutionäre Bewegung in diesem Staate ist offenbar nicht gleichgiltig für das Gesammtinteresse Brasiliens.

## Badischer Landtag.

⁂ **Karlsruhe**, 19. Febr. 9. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. (Schluß aus der heutigen Beilage.)

Die Kommission halte zwar im allgemeinen den Verdienst der Geometer für ausreichend, müsse aber zugeben, daß die Gesammtbezüge eine genügende Fürsorge für Alter und Hinterbliebenen nur schwer gestatte. Eine neue Prüfung, ob nicht wenigstens ein Bruchtheil der Petenten etatmäßig anzustellen sei, erscheine daher wünschenswerth.

Da die Großh. Regierung vor dem andern Hohen Hause die Erklärung abgegeben habe, daß eine Revision des Beamtengesetzes und der Gehaltsordnung beabsichtigt sei, so könne auch die vorliegende Frage bei dieser Gelegenheit näher geprüft werden.

Was mit der eventuellen Gewährung eines Nebengehaltes gesagt werden wolle, sei nicht ganz klar. Wenn damit die Fixirung eines Minimums der wandelbaren Bezüge gemeint sei, so komme hiefür im Falle der etatmäßigen Anstellung die Bestimmung in § 15 des Beamtengesetzes zur Anwendung.

Die Kommission empfehle Ueberweisung der Petition an die Großh. Regierung zur Kenntnißnahme.

Geh. Oberregierungsrath Haas erklärt sich mit dem Inhalte des Kommissionsberichts und Antrags einverstanden, will aber als Vorstand der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues einige Bemerkungen daran knüpfen.

Bei Erlassung des Gesetzes vom 28. März habe man 1856 angenommen das ganze Geschäft der Katastervermessung werde in etwa 30 Jahren beendet sein. Dies sei nicht eingetreten, vielmehr stehen noch 429 Gemarkungen aus, so daß noch mindestens 10 Jahre bis zum Abschluß des Geschäfts vergehen werden. Die Entlohnung der Geometer erfolge nicht in Form eines festen Gehalts, sondern im Wege des Vertrags durch Stücklohn. Nach einer Aufnahme der zu vermessenden Gemarkung durch einen erfahrenen Beamten werde eine Berechnung aufgestellt, auf Grund deren Vertrag abgeschlossen werde. Früher sei man bei der Preisbestimmung davon ausgegangen, daß dem Geometer ein Reinverdienst von 2 500 M. bleiben solle, jetzt nehme man 3 000 M. an. Diese Summen seien jedoch nicht genügend, um für das Alter einen Nothpfennig zurückzulegen, geschweige denn für die Reliktenversorgung. Deßhalb strebten die Geometer schon längere Zeit nach einer gesicherten Stellung, die ihnen durch Gewährung der Beamteneigenschaft mit der Aussicht auf den, übrigens höchstens 40 Proz. des Einkommens betragenden Unterstützungsgehalt, zum Theil geworden sei.

Bei der Frage der etatmäßigen Anstellung der Vermessungsgeometer liege die Hauptschwierigkeit darin, daß das Vermessungsgeschäft in 10 Jahren beendet sein werde und es dann für eine Anzahl Geometer an der Beschäftigung mangele.

Gegenwärtig seien 41 badische Vermessungsgeometer vorhanden, 15 bis 20 seien über 50 Jahre alt und waren 20 bis 30 Jahre im Vermessungsgeschäft thätig. Es sei nicht anzunehmen, daß diese nach 10 Jahren einem neuen Beruf, etwa als Bezirksgeometer, zugeführt werden könnten, und es sei nur einem Gebot der Billigkeit und dem sozialen Zuge unserer Zeit entsprechend, daß diesen die Existenz auch fernerhin gesichert werde. 12 weitere Vermessungsgeometer würden etwa als Bezirksgeometer angestellt werden können und die übrigen 9 bei der Feldbereinigung Verwendung finden. Wenn in dem angedeuteten Umfange dem Wunsche entsprochen würde, so bedeute dies keine allzu große Belastung der Staatskasse, da in dem Gehalt das gesammte Einkommen eingerechnet werden würde und zwischen Unterstützungs- und Ruhegehalt an sich kein großer Unterschied sei. Nur die Reliktenversorgung verursache neue, aber nicht sehr bedeutende Ausgaben.

In diesem Umfange empfehle er das Gesuch für den Fall einer Revision der Gehaltsordnung.

Ministerialrath Buchenberger: Namens der Großh. Regierung könne er sich mit dem Kommissionsantrag einverstanden erklären. Wenn die Großh. Regierung vor 2 Jahren geglaubt habe, sich den Wünschen der Vermessungsgeometer gegenüber ablehnend verhalten zu sollen, so habe dies seinen Grund keineswegs in einer Unterschätzung der Dienste des Personals gehabt, diese wisse die Großh. Regierung voll zu würdigen. Allein man sei damals der Meinung gewesen, daß, nachdem die Vermessungsgeometer, welche die ganze Zeit hindurch im Vertragsverhältniß gestanden hätten, die Beamteneigenschaft und Anwartschaft auf einen Versorgungsgehalt sowie eine Aufbesserung ihrer aktiven Bezüge erlangt hätten, dem dringendsten Bedürfniß abgeholfen sei.

Billigkeitsgründe sprächen allerdings dafür, daß denjenigen Vermessungsgeometern, welche ihre Kräfte im Dienste der Katastervermessung aufgebraucht hätten, weitergehende Ansprüche auf Alters- und Reliktenversorgung gewährt würden. Alle Vermessungsgeometer könnten jedoch für eine etwaige Verleihung dieser Vortheile keinesfalls in Betracht kommen, weil die Katastervermessung in 8—10 Jahren beendet sein werde.

Mit dieser Beschränkung des Antrags im Sinne des Kommissionsberichts und des Herrn Geh. Oberregierungsraths Haas glaube er sich namens der Großh. Regierung einverstanden erklären und erneute Prüfung zusagen zu können, sobald eine etwa in Angriff zu nehmende Revision des Gehaltstarifes hierzu Veranlassung biete.

Nach Schluß der Diskussion wird der Kommissionsantrag auf Ueberweisung der Petition an die Großh. Regierung zur Kenntnißnahme einstimmig angenommen.

Hierauf erstattet Frhr. v. Rüdt namens der gleichen Kommission Bericht über die Bitte der Landstraßenwarte um Erhöhung ihres Gehaltes.

Im Namen der Straßenwarte der Aemter Lörrach, Schopfheim, Schönau und Müllheim habe der Straßenwart Clemens Nann Abschrift einer an die Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues gerichteten Eingabe vorgelegt. In dieser Eingabe werde ausgeführt, daß die Straßenwarte, die ihre volle Arbeitskraft ihrem Dienste widmen müßten, mit dem Lohne von durchschnittlich 34 M. 30 Pfg. pro Monat nicht auszukommen vermöchten. Sie glaubten deshalb nicht unbescheiden zu sein, wenn sie um eine kleine Gehaltserhöhung und bei längerer, tadelloser Führung um einen entsprechenden Ruhegehalt bäten.

Die Petition sei zwar nur von einem Straßenwart unterzeichnet, doch glaube die Kommission, daß derselbe nach Benehmen mit seinen Kollegen handle, und will einen Anstand in dieser Beziehung nicht erheben. Die Bezüge der Straßenwarte werden bemessen nach der Höhe der in den einzelnen Amtsbezirken im Durchschnitt bezahlten Taglöhne und bewegen sich hiernach zwischen 318 und 600 M. Die Nebenbezüge seien nicht von Belang. Das Aversum, das als Vergütung für Hilfsarbeit gegeben werde, komme für den Gehalt nicht in Betracht. Müsse es in Folge der Witterung nachweisbar überschritten werden, so werde Ersatz geleistet. Ruhegehalt und Witwenversorgung ständen den Straßenwarten nicht zu, doch seien budgetmäßige Mittel zur Gewährung von Unterstützungen im Bedarfsfall zur Verfügung.

Die Straßenwarte erstrebten zunächst Erhöhung ihrer Jahresbezüge. Daß ihre Lage eine Berücksichtigung verdiene, sei auch von Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues erkannt und deßhalb in das Budget 1892/93 ein Posten von 13 520 M. eingestellt worden, um 676 Straßenwarten, deren Jahreslohn 450 M. nicht erreiche, um durchschnittlich 20 M. jährlich aufzubessern. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer habe dem nicht nur beigestimmt, sondern durch Erhöhung des Einheitssatzes für Unterhaltung der Landstraßen noch einen weiteren Betrag zur Aufbesserung der Straßenwarte flüssig gemacht. Der erste Punkt der Petition könne hiernach als erledigt gelten. Die weitere Bitte um Aufnahme in die Zahl der etatmäßigen Beamten vermöge die Kommission nicht zu befürworten. Die Zahl der etatmäßigen Beamten solle nur dann vermehrt werden, wenn genügende Gründe dafür vorliegen. Die Lage der Straßenwärte aber erscheine mit Rücksicht auf den zur Verfügung gestellten Unterstützungsfond und die Alters- und Invalidenversicherung nicht derart, um eine solche Maßregel zu fordern. Der beste Beweis dafür sei, daß kein Mangel an tüchtigen Bewerbern herrsche.

Die Kommission empfehle deßhalb:

a. die anliegende Petition, soweit sie auf Erhöhung der Bezüge gerichtet ist, als durch das Budget erledigt zu erklären;
b. im übrigen über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Geh. Oberregierungsrath Haas möchte auch hier, mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Vorstand der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, einige Bemerkungen sich gestatten. Die monatlich zur Auszahlung kommenden Jahreslöhne der Straßenwarte, denen die gewöhnlichen Tageslöhne zu Grunde liegen, bewegten sich zwischen 350 und 750 M. Der Durchschnitt betrage für den Mann des 803 Köpfe zählenden Personals 403 M., unter Hinzurechnung der durchschnittlichen Nebennutzungen, Prämien ꝛc. 457 M., also 1 M. 60 Pf. pro Tag. In dem neuen Budget seien zur Aufbesserung 13 520 M. eingestellt, die Budgetkommission der Zweiten Kammer habe mit Zustimmung der Regierung noch weitere 9000 M. verfügbar gemacht.

Dadurch sei eine Erhöhung des Tagelohns von 1 M. 60 Pf. auf 1 M. 70 Pf. im Durchschnitt ermöglicht. Der durchschnittliche Taglohn für den erwachsenen Arbeiter berechne sich für das ganze Großherzogthum auf 1 M. 77. Dies Mehr werde aufgewogen durch die den Straßenwarten gewährten Vergünstigungen: Fortzahlung des ganzen Gehaltes im Falle der Krankheit, Gewährung von Unterstützungen aus dem Unterstützungsfond im Bedarfsfall. Daß die Straßenwarte im Großen und Ganzen mit ihrer Stellung zufrieden seien, gehe daraus hervor, daß 102 Mann schon über 30, einer gar 56 Dienstjahre habe. Die Straßenwarte fühlten sich in ihrer Lage behaglich, weil sie seitens der Bauverwaltung gut behandelt werden. Man werde für die nächste Zeit mit der jetzt bewilligten Erhöhung auskommen können.

Dem Wunsche nach etatmäßiger Anstellung könne nicht entsprochen werden, weil die Straßenwarte Taglöhner seien.

Frhr. v. Göler bittet, mit der Drucklegung der Berichte der Petitionskommission in Zukunft nicht allzu sparsam zu sein.

Der Kommissionsantrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Präsident theilt mit, daß seitens des Präsidiums der Zweiten Kammer der von dem andern Hohen Hause genehmigte Gesetzentwurf über die Forterhebung der Steuern in den Monaten März und April d. J. übersandt worden sei. Da die Budgetkommission den Entwurf bereits berathen, wird beschlossen, sofort in die Berathung im Plenum einzutreten.

Frhr. v. Göler erklärt namens des Budgetkommission, der Termin für das am 18. November v. J. genehmigte Gesetz über Erhebung der Steuern in den Monaten Monaten Dezember, Januar und Februar zu ermäßigten Sätzen laufe demnächst ab. Die Regierung habe deßhalb

bei der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf über Weitererhebung der Steuern für den Monat März eingebracht, die Zweite Kammer habe zugestimmt, indem sie die Genehmigung auf April ausdehnte.

Die Kommission beantrage Genehmigung des Entwurfs in der von der Zweiten Kammer angenommenen Fassung in abgekürzter Berathung.

Da seitens der Großh. Regierung gegen die abgekürzte Berathung nichts eingewendet wird und sich niemand zum Wort meldet, wird der Entwurf in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Der Präsident schließt hierauf gegen 2 Uhr die Sitzung.

(In dem in der heutigen Beilage enthaltenen Referate ist ein Druckfehler stehen geblieben, indem dort als Redner Landgerichtsdirektor Dr. v. Rotteck genannt ist, während es Landgerichtspräsident Dr. v. Rotteck heißen mußte.)

* **Karlsruhe**, 22. Febr. 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Geh. Rath Lamey.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Ellstätter, Ministerialdirektor Seubert und Ministerialrath Göller.

Der Präsident eröffnet nach 11 Uhr die Sitzung und bringt verschiedene Einläufe zur Kenntniß des Hauses.

Die neu eingekommenen Petitionen werden durch das Sekretariat mitgetheilt und sodann der Kommission für Eisenbahnen und Straßen bezw. der für die Berathung des Gesetzentwurfs die Besteuerung der Kunstweinfabrikation betr. gebildeten Kommission überwiesen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Berathung des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf die Abänderung des Weinsteuergesetzes betr. erstattet Abg. Reichert namens der Kommission Bericht. Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abgg. Fischer, v. Buol, Dreher, Hug und von Seiten der Großh. Regierung Ministerialdirektor Seubert betheiligen, wird der Gesetzentwurf in der vorgeschlagenen Fassung gegen die Stimmen der Abgg. Dreesbach und Rüdt angenommen.

Sodann referirt der Abg. Rüdt über die Bitte des Eisenbahnschaffners a. D. Theobald Schweikardt in Heidelberg um Gewährung einer Pension und stellt namens der Kommission den Antrag, dem Gesuche im Hinblick auf die Bestimmungen des Beamtengesetzes keine weitere Folge zu geben und zur Tagesordnung überzugehen.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Ueber die gleiche Bitte des Schaffners a. D. Albert Bruder in Freiburg erstattet der Abg. v. Bodman namens der Kommission Bericht und gelangt zu dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung, soweit sich das Gesuch auf Bewilligung eines gesetzlichen Ruhegehalts bezieht, und auf Ueberweisung der Petition an die Großh. Regierung zur Kenntnißnahme, soweit dieselbe auf Erhöhung der dem Bittsteller bereits bewilligten Sustentation gerichtet ist.

Der Kommissionsantrag wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Der Präsident schließt sodann um 12¼ Uhr die Sitzung.

Nächste Sitzung Dienstag, Vormittags 9 Uhr. (Ausführlicher Bericht folgt.)

* **Karlsruhe**, 22. Febr. 34. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 23. Februar, Vormittags 9 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1892/93: Tit. I—X, XIX und XX der Ausgabe, Tit. I und II der Einnahme; Berichterstatter: Abg. Gönner.

# Großherzogthum Baden.

**Karlsruhe**, den 22. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Staatsminister Dr. Turban zur Vortragserstattung und nahm dann die Meldung der nachbenannten Offiziere entgegen: des Generallieutenants von Kayser, Kommandeur der 33. Division, bisher von der Armee, des Hauptmanns Orff, Batteriechef im 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, und des Hauptmanns der Reserve Michaely vom 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110. Nachmittags hörte Höchstderselbe die Vorträge des Geheimeraths Freiherrn von Ungern-Sternberg, des Geheimeraths von Regenauer und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

* (Die Einnahmen der badischen Bahnen) betrugen im Monat Januar:

| | aus dem Personenverkehr | aus dem Güterverkehr | aus sonstigen Quellen | Summa |
|---|---|---|---|---|
| | M. | M. | M. | M. |
| nach provisorischer Feststellung 1892 | 806 689 | 1 875 447 | 262 500 | 2 944 636 |
| nach provisorischer Feststellung 1891 | 766 842 | 1 799 728 | 231 975 | 2 848 527 |
| nach definitiver Feststellung 1891 | 765 841 | 1 819 798 | 262 507 | 2 848 146 |
| Im Jahre 1892 gegen die provisorische Einnahme des Jahres 1891 mehr | 39 847 | 75 719 | — | 96 109 |
| weniger | — | — | 19 457 | — |
| und gegen die definitive Einnahme des Jahres 1891 mehr | 40 848 | 55 649 | — | 96 490 |
| weniger | — | — | 7 | — |

* (Invaliditäts- und Altersversicherung.) Für die das Gebiet des Großherzogthums Baden umfassende Versicherungsanstalt Baden ist ein Schiedsgericht mit dem Sitze in Karlsruhe errichtet worden. Bei diesem sind im Jahre 1891, dem ersten Jahre seiner Thätigkeit, im Ganzen 242 Berufungssachen anhängig geworden; von diesen Berufungen sind 231 von den Versicherten und 11 von dem Staatskommissar erhoben worden. 21 dieser Berufungen richteten sich gegen die Feststellung und 220 gegen die Ablehnung der Altersrente, 1 Berufung hatte die Ablehnung einer Invalidenrente zum Gegenstande.

Von den 242 Berufungen gingen 14 als unerledigt in das Jahr 1892 hinüber; die weiteren 228 Fälle wurden wie folgt erledigt:

| | | |
|---|---|---|
| a. durch Vergleich oder durch Zurücknahme der Berufung | 23 | Fälle, |
| b. durch rechtskräftigen Bescheid des Vorsitzenden | 2 | " |
| c. durch Zurückweisung wegen Versäumung der Berufungsfrist | 1 | Fall, |
| d. durch schiedsgerichtliche Bestätigung des angefochtenen Bescheides der Versicherungsanstalt | 149 | Fälle, |
| e. durch völlige oder theilweise Abänderung des angefochtenen Bescheides der Versicherungsanstalt | 52 | " |
| f. auf andere Weise | 1 | Fall, |
| | 228 | Fälle. |

Von dem Rechtsmittel der Revision gegen Entscheidungen des Schiedsgerichts wurde in 27 Fällen Gebrauch gemacht.

* (Begräbnißwesen.) Von dem Bürgermeisteramt hier erhalten wir nachstehende Mittheilung: Verschiedene hiesige Zeitungen enthalten die Notiz, daß der Entwurf eines Ortsstatuts über das Begräbnißwesen den Herren Geistlichen dahier zur Aeußerung mitgetheilt worden sei und daß diese sich einstimmig mit der vorgeschlagenen Neuordnung des Begräbnißwesens einverstanden erklärt haben. Obige Notiz ist ungenau. Mehrere der Herren Geistlichen haben vielmehr erklärt, sie hätten keine Veranlassung, sich über die Neuordnung des Begräbnißwesens zu äußern. Einwendungen dagegen wurden allerdings von keinem der befragten Herren vorgebracht.

* (Die Allgemeine Volksbibliothek) hat vom 15. bis 21 Februar an 604 Besucher 749 Bände ausgeliehen.

* **Mannheim**, 21. Febr. (Ueber den Brand in der Lanz'schen Fabrik) theilt uns Herr Lanz mit, daß der Schaden sich auf die Hälfte des Dachstuhls eines einzelnen Gebäudes erstreckte, daß der beschädigte Dachstuhl durch ein Nothdach bereits wieder ersetzt ist und der Betrieb in diesem Gebäude nur zwei Tage gestört war, mit Ausnahme eines kleinen Theiles, welcher in dieser Woche wieder in Betrieb kommt. Bei den ausgedehnten und zahlreichen Fabrikräumen und der großen Zahl von 1600 beschäftigten Arbeitern hatte die verhältnißmäßig kleine Betriebsstörung in einem einzelnen Theile keine Entlassung von Arbeitern zur Folge. Keiner der Angestellten oder Arbeiter wurde bei dem Mißgeschick beschädigt oder verdienstlos.

⁂ **Heidelberg**, 21. Febr. (Geheimerath Professor Dr. Hermann Kopp), ordentlicher Professor der Chemie an der hiesigen Universität, ist gestern gestorben. Hermann Kopp war 1817 in Hanau geboren und seit 1863 hier als der Professor der Chemie thätig. Im Studienjahr 1869—1870 führte er das Prorektorat. Er wurde 1866 zum Hofrath, 1868 zum Geheimen Hofrath und 1878 zum Geheimen Rath zweiter Klasse ernannt. Kopp befand sich im Besitze mehrerer hoher Orden, unter denen das Kommandeurkreuz erster Klasse vom Orden des Zähringer Löwen war.

( **Baden**, 21. Febr. (Der neue Leiter des Städtischen Kurorchesters), Herr Kapellmeister Paul Hein, ist bisher, außer in den gewöhnlichen Nachmittags- und Abendkonzerten, in zwei Abonnementskonzerten und einem Symphoniekonzert hervorgetreten und hat sich als vortrefflicher Interpret sowohl Beethovens (Fünfte Symphonie und Ouverturen: „Ruinen von Athen" und „Coriolan"), als auch von Kompositionen der neuzeitlichen Richtung bewährt. Herr Hein ist ein kenntnißreicher Musiker, ein Dirigent von Temperament und feinsinniger Auffassung. In dem siebenten Abonnementskonzert erzielte das Kurorchester unter seiner Leitung mit der meisterhaften Wiedergabe von Liszts symphonischer Dichtung: „Mazeppa" einen sensationellen Erfolg. Als Solisten traten in dem Konzert Herr Konzertsänger Hans Seitz aus Dresden, ein mit klangvollem Baßbariton ausgezeichneter, tüchtiger Liedersänger, und der Klaviervirtuos Herr Moritz Rosenthal aus Wien auf. Rosenthal ist ein Techniker ersten Ranges; er entwickelte in der Don Juan-Fantasie eine geradezu verblüffende Virtuosität und man ist doch in unseren Tagen in dieser Richtung an Etwas gewöhnt. Daß er auch ein gediegener Musiker ist, hat er mit dem prachtvollen Vortrag des E-moll-Konzertes von Chopin bewiesen. Wir geben zu, daß der Virtuose in Rosenthal größer ist, als der Musiker, aber bei der Thatsache, daß Rosenthal in technischer Beziehung kaum von einem der lebenden Pianisten übertrumpft werden kann, ist die vielleicht nicht ganz gleiche musikalische Höhe seiner Kunst nicht als ein Defekt zu betrachten.

## Vorschiedenes.

* **Berlin**, 21. Febr. (Bewilligungen für wissenschaftliche Zwecke.) Den Sitzungsberichten der Königlichen Akademie der Wissenschaften entnehmen wir folgende Mittheilungen über Bewilligungen für wissenschaftliche Zwecke: Die physikalisch-mathematische Klasse der Akademe hat bewilligt 1500 M. der Hirschwald'schen Verlagsbuchhandlung in Berlin zu den Herstellungskosten des von dem Professor Dr. Julius Wolff hierselbst herauszugebenden Werkes „Das Gesetz der Transformation der Knochen"; 2000 M. der Physikalischen Gesellschaft hierselbst zur weiteren Fortsetzung der Herausgabe der „Fortschritte der Physik"; 750 M. der Deutschen Anatomischen Gesellschaft zur Herausgabe einer einheitlichen anatomischen Nomenklatur; 300 M. den Professoren Runge und Kayser zu Hannover zur Fortsetzung ihrer Untersuchungen über die Spektren der Elemente; 1600 M. Herrn Otto Jesse in Steglitz zur Fortsetzung der photographischen Aufnahmen der leuchtenden Wolken an korrespondirenden Stationen; 2000 M. dem Prof. Dr. A. Goette zu Straßburg i. E. zur Untersuchung der Turbellarien in Neapel und an der dalmatinischen Küste; 1500 Mark dem Professor Dr. Th. Liebisch in Göttingen zur Fortführung der Versuche zur Herstellung photographischer Aufnahmen von Interferenzerscheinungen doppelt brechender Krystallplatten; 2000 M. dem Privatdozenten Dr. Richard Aßmann hierselbst zu Luftschifffahrten bez. für die Ausführung zusammenhängender Untersuchungen mittelst des Fesselballons; 700 M. dem Mitglied der Akademie Herrn Klein zur Ergänzung der in der akademischen Sammlung vorhandenen krystallographischen Apparate; 2000 M. dem Forstassessor Dr. A. Möller, z. Z. in Blumenau, Sa. Catharina in Brasilien, zur Fortführung seiner mykologischen Studien. Die philosophisch-historische Klasse bewilligte dem Professor Dr. Aufrecht zu Heidelberg den Betrag von 500 M. zur Herausgabe eines Katalogs der Florentiner Sanskrit-Handschriften.

## Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

**Berlin**, 22. Febr. Dem Reichstage ging ein Gesetzentwurf zu, der sich gegen den Verrath militärischer Geheimnisse wendet, sowie ein Gesetzentwurf betr. den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen im Falle eines Kriegs oder bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

**Berlin**, 22. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags trat heute in die Berathung über den Etat des Auswärtigen Amts ein. Rickert stellte eine Anfrage wegen der Ausweisung des Zeitungsberichterstatters Eugen Wolf aus Ostafrika. Geh. Rath Kayser antwortete, die Ausweisung sei durch eine Verfügung des Reichskanzlers erfolgt. Vom Reichskanzler befragte juristische Autoritäten hätten die Ausweisung gebilligt. Man durfte nicht länger gegen den Gouverneur hetzen lassen, um nicht bei den Beamten den Glauben zu erwecken, daß Wolf Recht habe.

Bei der Forderung von 500 000 M. für geheime Ausgaben erklärte Richter, er wolle sich erst über diesen Posten entscheiden, wenn der Gesetzentwurf über den Welfenfonds dem preußischen Landtage zugegangen sei. Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärte, seit er im Amte ist, seien Gelder aus diesem Fonds zu Zwecken der inneren Politik niemals verwendet worden. Die Position wurde schließlich mit 16 gegen 6 Stimmen genehmigt.

**Bremen**, 22. Febr. Einem hierher gelangten Privattelegramm zufolge soll der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm II." auf der Schelde bei Antwerpen auf den Grund gerathen sein.

**Pest**, 22. Febr. Der Kaiser ist gestern hier eingetroffen. Auf die Ansprache des Bürgermeisters, welcher das tiefe Beileid der Bevölkerung über die Trauerfälle und Erkrankungen in der kaiserlichen Familie ausdrückte, erwiderte der Kaiser, das Befinden der Erzherzogin Marie Valerie und des Erzherzogs Franz Salvator zeige eine Besserung.

**Pest**, 22. Febr. Der ungarische Reichstag ist heute in der Ofener Hofburg durch Seine Majestät den Kaiser und König eröffnet worden. Die Thronrede gedenkt der 25jährigen Dauer des Ausgleichs von 1867; sie hebt die allgemeine Entwickelung Ungarns in diesem Vierteljahrhundert hervor und sagt, die erstarkte Finanzkraft des Staates ermögliche nunmehr bei einer günstigen Gestaltung der Lage des allgemeinen Geldmarktes, die Regelung der Valuta anzubahnen. Die Regierung werde sich bestreben, die darauf bezüglichen Vorschläge baldigst dem Reichstag zu unterbreiten. Sie kündigt eine Reihe neuer Vorlagen hinsichtlich der Verwaltung und Rechtspflege an und hebt mit Befriedigung hervor, daß die freundschaftlichen und guten Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, deren am Schlusse des vorigen Reichstags gedacht wurde, auch gegenwärtig fortbestehen.

**Lissabon**, 22. Febr. Die Verhaftung des früheren Ministers Mendoza Cortez wird mit den Unterschlagungen von Werthpapieren des Banco Lusitano begründet. Wahrscheinlich dürfte der Verhaftete in das Militärgefängniß überführt werden.

## Familiennachrichten.

**Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.**

Geburten. 17. Febr. Hans Theodor, V.: Aug Henninger, Blechner und Installateur. — 18. Febr. Frieda, V.: Simon Gabel, Bäcker. — 20. Febr. Christine, V.: Wilhelm Sauter, Stadttaglöhner. — 21. Febr. Luise, V.: Josef Nickel, Schuhmacher. — Karl Christof, V.: Karl Straub, Schlosser.

Todesfälle. 20. Febr. Philipp, 6 M. 17 T., V.: Rud. Goos, Taglöhner. — 22. Febr. Agathe, Ehefrau des Schneiders Johann Keßler, 52 J.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.**

| Februar | Barom. mm | Therm. in C. | Absol. Feucht. in mm | Relative Feuchtigkeit in % | Wind. | Himmel. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 20. Nachts 9 U. | 745 2 | +3.2 | 4.8 | 83 | NE | klar |
| 21. Mrgs. 7 U. | 745 4 | —3.0 | 3.3 | 89 | " | " |
| 21. Mittgs. 2 U. | 744 4 | +5.6 | 4.7 | 69 | SE | wolkig |
| 21. Nachts 9 U. | 741 9 | +2.2 | 4.4 | 82 | SW | bedeckt |
| 22. Mrgs. 7 U. | 742.0 | +0.6 | 4.3 | 90 | " | " |
| 22. Mittgs. 2 U. | 744.2 | +5.0 | 4.9 | 75 | " | " |

**Wasserstand des Rheins.** Maxau, 21 Febr., Mrgs., 4.05 m, gefallen 5 cm. — 22. Febr., Mrgs., 4.06 m, gestiegen 1 cm.

**Uebersicht der Witterung** vom 22. Februar. Der Luftdruck nimmt heute von einem im Osten und Nordosten Europas lagernden sehr intensiven barometrischen Maximum bis zu einer ziemlich tiefen Depression, welche vor der irischen Küste liegt, ab, was für Mitteleuropa vorwiegend südliche und südöstliche Winde zur Folge hat, unter deren Einfluß das Thauwetter anhält. Das Wetter ist dabei am Rande des hohen Druckes — in Ostdeutschland — meist heiter, in den westlichen Theilen dagegen meist trüb. Da sich die geschilderte Luftdruckvertheilung wahrscheinlich ziemlich unverändert erhält, so wird bei uns voraussichtlich Fortdauer des bewölkten Thauwetters zu erwarten sein.

## Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 22. Februar 1892.

| Staatspapiere. | | Dresdener Bank | 183. |
|---|---|---|---|
| 3½ D. Reichsanleihe | 84.— | Länderbank | 174.— |
| 4% dto. | 106.80 | **Bahnaktien.** | |
| 4% Preuß. Konsol | 106.40 | Schweiz. Nordostbahn | 108.10 |
| 4% Baden in fl. | 103.35 | Lombarden | 77¼ |
| 4% " " M. | 104.70 | Galizier | —.— |
| Oesterr. Goldrente | 95.80 | Elbthal | 199.— |
| Silberrente | 81.30 | Hess. Ludwigsbahn | 122.20 |
| 4% Ungar. Goldrente | 92.70 | Gotthard | 126.90 |
| 1880er Russen | 92.10 | **Wechsel und Sorten.** | |
| II. Orientanleihe | 63.50 | Wechsel a. Amsterd | 168.55 |
| Italiener conptant | 89.50 | " " London | 20.41 |
| Egypter | 95.50 | " " Paris | 81.95 |
| Spanier | 61.80 | " " Wien | 172.37 |
| Zoll-Türken | 86.— | Napoleonsd'or | 16.20 |
| 5% Serben | 76.10 | Privatdiskonto | 2¼ |
| **Banken.** | | Badische Zuckerfabrik | 56.50 |
| Kreditaktien | 265¼ | **Nachbörse.** | |
| Diskonto-Kommndt | 180.80 | Kreditaktien | 264¼ |
| Basler Bankverein | 123.10 | Diskonto-Kommandit | 180.40 |
| Darmstädter Bank | 124.40 | Staatsbahn | 247¼ |
| Handelsgesellschaft | 121.90 | Lombarden | 77.— |
| Deutsche Bank | 156.10 | Tendenz: schwächer. | |

| Berlin. | |
|---|---|
| Oesterr. Kreditaktien | 170.90 |
| Staatsbahn | 123.90 |
| Lombarden | 42.— |
| Diskonto-Kommand. | 184.10 |
| Marienburger | 57.20 |
| Dortmunder | 56.60 |
| Laurahütte | 103.50 |
| Tendenz: —. | |
| **Wien.** | |
| Kreditaktien | 307.75 |
| Marknoten | 58.02 |
| Ungarn | 107.65 |
| Staatsbahn | 333.75 |
| Tendenz: ruhig. | |
| **Paris.** | |
| 3% Rente | 95.82 |
| Spanier | 61¼ |
| Türken | 18.60 |
| Ottomane | 534.— |

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

**Loeflund's ächtes Malzextract & Malzextr: Bonbons**

haben sich als die besten u. verdaulichsten Husten- u. Katarrhmittel bewährt. Sie sind in allen Apotheken u. Droguenhandl. zu haben.

**Eisen-Malzextr.** für Blutarme und Bleichsüchtige. **Leberthran-Malzextr.** für Kinder leicht zu nehmen. Man verlange „Loeflund's".

## Todesanzeige.

**Schloß Munzingen.** Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante,

**Hermine Gräfin v. Kageneck,**

geb. Freiin v. Freystedt,

heute Vormittag 10½ Uhr, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Religion, im Alter von 84 Jahren nach langen, schmerzlichen Leiden zu sich zu rufen.

Schloß Munzingen, den 21. Februar 1892.

Namens der Hinterbliebenen:
**Heinrich Graf v. Kageneck,**
stud. jur.

Die Beerdigung findet statt: Dienstag den 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr, in Munzingen; die Seelenopfer werden in der Pfarrkirche daselbst Mittwoch, Freitag und Samstag, jeweils 10 Uhr, abgehalten. R·519.

## Badische Bank.

**Zweiundzwanzigste ordentliche Generalversammlung.**

In Gemäßheit des Art. 35 der Statuten werden die nach Art. 36 stimmberechtigten Aktionäre der Badischen Bank zur **zweiundzwanzigsten ordentlichen Generalversammlung,** welche R.554.

**Dienstag 5. April d. J., Vorm. 11½ Uhr,**
**im Banklokale**

hier, stattfinden wird, eingeladen.

**Tagesordnung:**

1. Bericht des Aufsichtsraths über die von ihm festgestellte Jahresrechnung und Vortrag des Berichts der Revisions-Commission.
2. Geschäftsbericht der Direktion.
3. Genehmigung der Bilanz, Festsetzung der Dividende für das Geschäftsjahr 1891 und Entlastung der Direktion.
4. Wahl für die nach Art. 43 der Statuten austretenden zwei Aufsichtsrathsmitglieder.
5. Wahl der Revisions-Commission.

Die Aktionäre oder deren Bevollmächtigte, welche an dieser Generalversammlung Theil nehmen wollen, haben sich bis spätestens 1. April ds. Js. incl. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf dem Bankbureau in Mannheim über ihre statutenmäßige Berechtigung durch Vorzeigung ihrer Aktien auszuweisen und zugleich ein nach den Nummern geordnetes Verzeichniß, und Bevollmächtigte außerdem ihre Vollmachten einzureichen.

Die Formulare der Verzeichnisse werden auf dem Bankbureau ausgegeben.

Auswärtige Aktionäre können an Stelle ihrer Aktien ein amtlich oder notariell errichtetes Verzeichniß, auf welchem ihr Aktienbesitz bestätigt ist, vorlegen lassen.

Am 1. und 2. April, Vormittags von 9 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, können sodann, gegen Rückgabe der über die Anmeldung ausgestellten Beurkundung, die Berechtigten die nur für ihre Person giltigen Eintrittskarten auf dem Bankbureau entgegennehmen oder abholen lassen.

**Mannheim,** 20. Februar 1892.

**Der Aufsichtsrath.**

**Landes-Trachten**
**die Badischen.**

10 schöne, grosse, in Farben ausgeführte Blätter, gemalt von **Rud Gleichauf,** empfehlen wir à Blatt M. 1.50, zusammen genommen statt M. 32.— für M. 12.—. (Die Blätter sind im Auftrage der Grossh. bad. Regierung s Zeit angefertigt worden.) R.551.
**A. Bielefeld's Hofbuchhdlg.,**
Liebermann & Cie., Karlsruhe.

Bitte genau auf **Vornamen** zu achten.

**Das Spezialgeschäft**
für O·571.7.
**Möbeltransport, Verpackung und Aufbewahrung**
von
**Heinrich Windecker**
**Karlsruhe,**
(früherer Theilhaber der Firma Gebr. Windecker), befindet sich
**221 Kaiserstraße 221.**
**Inhaber des größten Möbeltransportwagens per Bahn ohne Umladung.** — Jeder Transport ist um die Summe von Mk. 15,000.— versichert.

**Kassenschränke,**
in nur bester Qualität bei O·774.4.
**Wilh. Schindler,**
**Karlsruhe, Hirschstraße 42.**

**Zu Festlichkeiten**
empfiehlt O·538.14.
**als vorzüglichen**
**französischen Champagner**
**„Vix-Bara"**
zu Originalpreisen,
**per Flasche Mk. 4.—, Mk. 4.50, Mk. 5.—.**
**Karl Baumann,**
Wein- und Theegeschäft,
**Akademiestraße 20.**
Größere Bestellungen erbitte rechtzeitig.

Ein noch neues kreuzsaitiges
**PIANINO,**
ganz in Eisen gebaut, neueste Construction, **mit großartigem, schönen Ton,** wird unter **5jähriger Garantie** sehr **billig** verkauft Näheres sub **U 6351a** durch **Haasenstein & Vogler A.G. Karlsruhe.** R.441.3.




Neues Bau- u. Isolir-Material für Zwischendecken, leichte Wände, Baracken, Sheddächer 2c. Zwischendecken auf Drahtgespinnst nach System Dr. Katz. R·469.1. Alleinverkauf:
**Robert Elsaesser, Mannheim.**

**August Schulz,**



**Karlsruhe, Herrenstrasse 24.**
**Wäsche-Fabrik.**
**Leinen- und Weisswaaren.**
**Ausstattungen.**
Hemden nach Maass.
**Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche.**
Tricotagewaaren. Cravatten.
R·75.4.
**Taschentücher.**

**Kennenburg bei Esslingen am Neckar.**
**Heilanstalt für weibliche Seelengestörte aus vermögenden u. gebildeten Ständen.**
Besteht seit 1845. Bestimmt für höchstens 40 Kranke. Zwei Aerzte.
Der Unterzeichnete bringt hiermit ergebenst zur öffentlichen Kenntniss, dass in seiner Heilanstalt von jetzt an **nur noch weibliche Kranke** Aufnahme finden. — Epileptische Kranke sind nach wie vor von der Aufnahme ausgeschlossen. — Ausführliche Prospekte stehen zu Diensten.
**Dr. Paul Landerer,**
Direktor der Heilanstalt Kennenburg (Württbg.).
M. 1892.

**Einige Hundert**
**Stoff- & Buckskin-Hosen**
**verkaufe ich zu 4, 5, 6 und 7 M.**
Reller Werth fast das Doppelte.
**A. Breitbarth, Karlsruhe,**
**Kaiser- und Lammstraßen-Ecke.** R·497.2.

### Konkursverfahren.

R·541. In dem Konkurse des **Julius Krehl,** Gärtner, Freiburg-Haslach,

soll die

**Schlußvertheilung**

stattfinden, wozu M. 297.25 verfügbar sind. Zu berücksichtigen sind M. 14,96 bevorrechtigte und M. 4852,24 nicht bevorrechtigte Forderungen.

Freiburg, den 19. Februar 1892.

Der Konkursverwalter:
Feederle, Anwalt

O·344.17. **Wer keine Badeeinrichtung hat, verlange gratis den Preis-Courant von L. Weyl, Berlin W. 41, Fabrik heizbar. Badestühle.**

### Bürgerliche Rechtspflege.

**Konkursverfahren.**

R·521. Nr. 4148. Schwetzingen. Ueber das Vermögen des Buchhändlers Karl Schwab von Schwetzingen wurde heute am 18. Februar 1892, Nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Herr Waisenrichter Mändler dahier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. März 1892 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 22. März 1892,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Gr. Amtsgericht Schwetzingen Termin anberaumt.

Die bis dahin einkommenden Anmeldungen sind auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Betheiligten niedergelegt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. März 1892 Anzeige zu machen, bei Vermeiden des Ersatzes für allen aus der Unterlassung oder Verzögerung der Anzeige entstehenden Schaden.

Schwetzingen, den 18. Februar 1892.
Großh. bad. Amtsgericht.
(gez.) Mündel.

Die Uebereinstimmung mit der Urschrift beurkundet:
Schwetzingen, den 18. Februar 1892.
Der Gerichtsschreiber:
Müller.

R·523. Nr. 3179. Baden. Ueber das Vermögen der Witwe des Glasermeisters Wilhelm Kah, Walburga, geb. Geiger in Baden-Baden, wurde heute am 19. Februar 1892, Nachmittags 5½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Waisenrichter Hermann Lambrecht in Baden-Baden wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. April 1892 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag den 4. März 1892,
Nachmittags 3 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Samstag den 9. April 1892,
Vormittags 9 Uhr,

vor Großh. Amtsgericht Baden Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. März 1892 Anzeige zu machen.

Staufen, den 20. Februar 1892.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Dufner.

R.526. Nr. 3520. Stockach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bierbrauers Max Riede in Stockach ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf:

Dienstag den 8. März 1892,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht hierselbst bestimmt.

Stockach, den 20. Februar 1892.
Der Gerichtsschreiber:
Hotz.

R·522. Nr. 1540. Neustadt. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Holzhändlers Lorenz Feser von Saig ist in Folge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin auf

Samstag den 12. März 1892,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte hierselbst anberaumt.

Neustadt, den 13. Februar 1892.
Zahn,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

**Vermögensabsonderung.**

R.539. Nr. 1635. Konstanz. Die Ehefrau des Alois Klemm, Sofie, geborene Stoll in Konstanz, vertreten durch Rechtsanwalt Schleich in Konstanz, hat gegen ihren Ehemann eine Klage auf Vermögensabsonderung erhoben. Zur mündlichen Verhandlung ist vor Großh. Landgericht Konstanz — Civilkammer I — Termin auf

Dienstag den 5. April 1892,
Vormittags 8½ Uhr,

bestimmt, was zur Kenntnißnahme der Gläubiger öffentlich bekannt gemacht wird.

Konstanz, den 19 Februar 1892.
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts:
Rothweiler.

R·548.1. Karlsruhe.

### Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir haben die Lieferung von 20 Stück befahrbaren **Brückenwaagen** für Eisenbahnfahrzeuge zu vergeben.

Lieferungsbedingungen u. Zeichnungen sind vom Centralbureau diesseit. Stelle gegen Einsendung von 2 ℳ zu beziehen.

Schriftliche Angebote, in denen die beanspruchte Lieferfrist genau bezeichnet ist, sind mit entsprechender Aufschrift versehen **bis 14. März d. J.** bei diesseitiger Stelle einzureichen.

Zuschlagfrist **14 Tage.**

Karlsruhe, den 19 Februar 1892.
General-Direktion.

R·555. Karlsruhe.

### Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Für den Güter- und Kohlenverkehr mit der Bodenseeuferstation Bregenz im rheinisch-westfälisch südwestdeutschen Verband sind mit Giltigkeit vom 1. März d. Js. neue Tarife ausgegeben worden.

Karlsruhe, den 21. Februar 1892.
Generaldirektion.

### Holzversteigerung.

R.489.2. Nr. 226. Aus Gr. Hardtwalde werden versteigert:

**Mittwoch den 24. ds. Mts.,**
aus Abtheilung V 19 Kastanienacker:
27 Eichen III u. IV. Kl., 2 Akazienstämme, 75 Akazienutzstangen.

Aus den Abtheilungen Lichte Eichen, Kastanienacker, Forlacker, Spöcker Buchen und Buckelsblöße: 1 Ster buchenes, 2 eichenes, 10 Pappel-, 157 forlenes Scheitholz, 13 Ster eichenes, 7 Pappel-, 353 forlenes Prügelholz.

**Donnerstag den 25. ds. Mts.,**
aus Abtheil. IV 23 Zollersau—Eichen:
5 fichtene Sprieß-, 45 Gerüst-, 375 Leiterstangen, 1075 fichtene Hopfenstangen IV. Kl, 550 Rebstecken; 481 Ster forlenes Prügelholz, 909 forlene Wellen.

Die Zusammenkunft ist jeden Tag früh **10 Uhr,** am 24. an der Kanalbrücke am Friedrichsthal-Linkenheimer Weg, am 25. an der Kreuzung der von Leopoldshafen nach Blankenloch und Stafforth führenden Straße.

Das Holz ist vor der Zusammenkunft zu besichtigen.

Friedrichsthal, 18. Februar 1892.
**Großh. Hofforst- und Jagdamt.**

### Nutzholzversteigerung.

R·546.1. Die **Gr. Bezirksforstei Rheinbischofsheim** versteigert m. Borgfristbewilligung aus Domänenwald „Strieth" im Adler zu **Muckenschopf**
**Samstag den 27. Februar d. J.,**
Vormittags 10 Uhr
beginnend: Eichenstämme 9 I. mit 50,49 Fm., 6 II. mit 17,74 Fm., 6 III. mit 9,13 Fm., 25 IV. Kl. mit 7,01 Fm., 22 eichene Pfosten, 40 eichene Schiffsrangen, 2 eichene Metzgerklötze, 7 Hainbuchen, 2 Kirschbäume, 5 Weißulmen, 13 Birken, 1 Esche, 126 Erlen I. u. II. Kl. und 2 Pappeln.

Domänenwaldhüter Bertsch in Muckenschopf zeigt das Holz auf Verlangen vor und fertigt Auszüge.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage).